

<http://www.derwesten.de/wirtschaft/nrw-baustofffirmen-klagen-ueber-wasserentnahmeentgelt-id12189288.html>

Unternehmen

NRW-Baustofffirmen klagen über Wasserentnahme-Entgelt

12.09.2016 | 21:21 Uhr



Auch in der niederrheinischen Kiesindustrie ist der Ärger über das Entgelt groß. Foto: Markus Weissenfels

„Ökologisch ungerecht“: Nach der Niederlage dreier Firmen vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster fordert der Branchenverband Vero, dass die Politik das Gesetz ändert.

Wer in Nordrhein-Westfalen Grundwasser oder Wasser aus einem oberirdischen See entnimmt, muss dafür zahlen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hatte vergangene Woche das Wasserentnahmegesetz NRW von 2011 bestätigt. Jetzt drängt der Baustoffverband Vero darauf, dass die Politik das Gesetz ändert: „Ökologisch ist das Gesetz zutiefst ungerecht“, klagte Hauptgeschäftsführer Raimo Bengel gegenüber der NRZ.

Tagebaubetreiber RWE, ein Steinbruch-Inhaber aus dem Sauerland und eine Kiesabgrabung aus dem rheinischen Aifler waren vor Gericht abgeblitzt. Den Richtern zufolge ist es rechtens, dass die Firmen pro Kubikmeter Wasser, das sie für ihre Produktion entnehmen, 4,5 Cent zahlen müssen. Der Ärger über das sogenannte Wasserentnahmeentgelt ist auch bei anderen Firmen groß – etwa bei der niederrheinischen Kiesindustrie.

Keine Lenkungswirkung

„Aufs Jahr gesehen addieren sich die Entgelte schnell auf sechs-, in einem Fall sogar auf siebenstellige Eurobeträge“, berichtet Vero-Hauptgeschäftsführer Bengel. Der in Duisburg ansässige Verband vertritt rund 6000 Betriebe aus allen Landesteilen und allen Bereichen der Baustoffindustrie. Was Bengel so sehr ärgert: „Das Entnahmeentgelt hat keinerlei ökologische Lenkungswirkung.“ Zur Kasse gebeten würden Betriebe stets für jede neue Entnahme, aber nicht für den tatsächlichen Verbrauch. Dass Unternehmen in Kreislaufwirtschaft investiert hätten, Wasser nach der Nutzung wieder zurückleiteten, werde nicht honoriert. „Das muss sich ändern“, fordert Bengel. Der Verband hatte sich vor einigen Jahren sogar schon in einer gesamten Resolution mit Gewerkschaften und Umweltverbänden für eine solche Änderung stark gemacht – ohne Erfolg damals.

Holger Dumke